



Protokollauszug

aus der
7. (außerordentliche) öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
vom 12.05.2020

öffentlich

Top 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Der Bericht des Seniorenbeirates sowie der Bericht des Migrantenbeirates liegen schriftlich vor und werden zur Kenntnis genommen.

Frau Laabs fragt, warum der Beirat für Menschen mit Behinderung keinen Bericht vorgelegt hat.

Frau Kiss erklärt daraufhin, dass innerhalb des Beirates keine Verständigung gab, was berichtet werden soll. Des Weiteren teilt sie mit, dass es keine wesentlichen berichtenswerten Punkte gibt.

**Anlage zum Bericht des Migrantenbeirates der LHP
im GSWI Ausschuss der SVV Potsdam am 12. Mai 2020**

Kurzbericht „AG Homeschooling“

Die „AG Homeschooling“ arbeitet mit dem Ziel, die Möglichkeit der Teilnahme der Schulkinder in den Asyl-Gemeinschaftsunterkünften bzw. in Wohnungen an der Homeschooling zu optimieren.

In der AG arbeiten mit:

- Jörg Stopa, RAA Potsdam, Regionalreferent für Bildung und Integration, Moderation;
- Vertretung der Potsdamer 14 Asyl-Gemeinschaftsunterkünfte;
- Sven Brandenburg, Bildungskordinator für Neuzugewanderte der LHP
- Katrin Böhme und Andrea Vergara Marin, Migrationsfachdienst Diakonisches Werk Potsdam e. V.;
- Frau Finke-Jetschmanegg und Herr Hussels, Stiftung SPI, Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen der LHP;
- Bernhard Fricke, Flüchtlingsarbeit Ev. Kirche Potsdam;
- Maria Pohle, Migrantenbeirat der LHP, Vorsitzende;
- Angela Murray, GU Groß Glienicke, Living Quarter GmbH;
- Waltraud Eckert-König, RAA Potsdam, Schulberaterin
- Magdolna Grasnack, Integrationsbeauftragte LHP

Ein **Abstimmungsergebnis** zur Möglichkeit der Unterstützung eines erfolgreichen Homeschooling in den Asylunterkünften:

1. Einrichtung bzw. Aufrüstung eines Hausaufgaben-Raums in den Gemeinschaftsunterkünften mit den notwendigen WLAN-Anschluss, Softwares für Homeschooling ausgestatteten PCs, Drucker, Scanner, Papier, und

2. Einsatz von haupt- und ehrenamtlichem Personal mit Medien- und sozialpädagogischen Kompetenzen zur Unterstützung der Kinder beim Homeschooling – optimaler Weise entsprechend einem Konzept, das mit Jugendhilfe/Schule/Fachbereich Wohnen Arbeit und Integration abgestimmt ist.

Zu 1: Die Unterstützung der Gemeinschaftsunterkünfte mit einer Hardware-Grundausrüstung könnte durch Spenden, unter anderem durch den gemeinnützigen Verein "Das macht Schule", erfolgen (www.das-macht-schule.net). Der Verein bietet qualitätsvolle, sichere, gespendete Produkte für Unterstützung des Schulunterrichts an.

Der Bereich 393, der Bildungskordinator für Neuzugewanderte, Herr Brandenburg, hat bereits 15 Laptops als Spende für die Aufrüstung der Gemeinschaftsunterkünfte - durch den genannten Verein - erhalten und diese speziell für Homeschooling für

Schulkinder mit Software aufrüsten lassen. 393 hat die die Lieferkosten (150 Euro) und die Softwareaufrüstung (150 Euro pro Laptop), insgesamt 2.550 Euro für diese Laptops übernommen. Weitere neuwertige 10 PCs könnte Potsdam auch erhalten.

Für die Folgekosten – wie Wartung – übernehmen die Träger der Gemeinschaftsunterkünfte die Verantwortung.

Die AG schlägt vor: Aus den Mitteln der Integrationspauschale 2020 sollte ein "Homeschooling-Projekt für Flüchtlingsschulkinder" mitfinanziert werden. Das heißt unter anderem: die Grundversorgung der Gemeinschaftsunterkünfte sollte nach Absprache mit den Trägern, entsprechend dem abgestimmten Bedarf, mit einigen PCs, Drucker, Scanner, WLAN-Zugang erfolgen. **Die Federführung des Projektes könnte bei 393, Bildungskordinator für Neuzugewanderte, liegen.**

Zu 2: Neben der technischen Ausstattung ist für die Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften in den meisten Fällen eine sozialpädagogische Unterstützung bei dem Bewältigen der neuen Formen des digitalen Lernens **unabdingbar**: Viele Eltern in den Gemeinschaftsunterkünften können aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse bzw. entsprechender Erfahrungen mit digitalen Formaten den Homeschooling-Prozess nicht unterstützend begleiten, der Auftrag liegt somit auf den Sozialarbeiter*innen vor Ort, die weder über ausreichende zeitliche Kapazitäten noch über die pädagogisch-fachliche Expertise verfügen, um diesen Auftrag in vollem Umfang zu erfüllen. Eine mögliche Lösung liefert **ein zentralisiertes Konzept für die Unterstützung von Homeschooling (u.a. in den Asyl-Gemeinschaftsunterkünften) durch Mitarbeitende von offenen Einrichtungen der Jugendhilfe sowie der Schulsozialarbeit**, welches auf die zurzeit nicht ausgeschöpften personellen Kapazitäten zurückgreifen würde und eine konkrete Regelung für die Betreuung bildungsbenachteiligter Kinder beim Homeschooling vorsieht ("Wer, wo und wann").

Konkret für die Gemeinschaftsunterkünfte wäre eine fest abgesprochene Betreuung in den oben erwähnten "Homeschooling"-Räumen zu festen Zeiten in kleinen Gruppen durch (ggf. benachbarte) Jugendhilfeeinrichtungen und Schulsozialarbeiter*innen in Absprache mit den Trägern denkbar und erstrebenswert. Diese Lösung steht im Einklang mit den Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Verwirklichung von Schutz, Förderung und Teilhabe für Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Unterkünften für geflüchtete Menschen (DV 21/19 vom 30. April 2020). Laut diesen Empfehlungen denen in besonderen Fällen, wo konkrete Bildungsnachteile für schulpflichtige Kinder bedingt durch den Aufenthalt in der Flüchtlingsunterkunft entsteht, sind zusätzliche Betreuungs- und Unterstützungsangebote (in Kooperation mit) der Kinder- und Jugendhilfe in das reguläre Betreuungssystem hinzuzuziehen (vgl. §III, Punkt 4).

i.A. der AG Homeschooling
Maria Pohle
Vorsitzende des MigrantInnenbeirates der LHP



Tätigkeitsbericht des Migrantenbeirates LHP

März – April 2020

- 01. März – 01. April 2020** Organisation des Gestaltungswettbewerbes für den Wanderpokal des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam (Neuerung zur 16. Preisverleihung am 06.09.20)
- 05. März - 28. April 2020** Mitarbeit bei den Verhandlungen über die Zukunft des Jüdischen Museums in Potsdam, einschließlich der Konzipierung und Redaktion eines Antrages zur Unterbringung der Ausstellung über die Geschichte der Jüdischen Gemeinde in der Landeshauptstadt Potsdam
- 08. März 2020** Organisation einer kostenlosen Führung zum Schwerpunkt „Frauen im Nationalsozialismus“ im Haus der Wannsee-Konferenz im Rahme der Frauenwoche 2020
- 08. März 2020** Redebeitrag zur Unterstützung der Aufnahme weiterer Geflüchteten durch den Migrantenbeirat bei der Demonstration der Seebrücke Potsdam „Grenzen auf! Leben retten! Faschismus bekämpfen!“
- 15. März – 15. April 2020:** Mitarbeit im Rahmen der AG „Living in Potsdam: Wohnen von internationalen Studierenden und Gastwissenschaftler*innen (Internationals) in der Landeshauptstadt Potsdam“
- 23. März – 10. Mai 2020** Ausschreibung für die „HeimArt“ – Kunstausstellung beim Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam. Präsentiert werden die Werke von Potsdamer Migrant*innen, wobei sowohl professionell als auch hobbymäßig künstlerisch betätigen. Ausstellungszeitraum: September bis Dezember 2020, Eröffnung der Ausstellung im Rahmen der Interkulturellen Woche im September 2020 (*Ausschreibung beigefügt*).
- 24. März 2020** Teilnahme am Planungsgespräch mit dem Aktionsbündnis „Anders als du glaubst...“ zur Vorbereitung der Potsdamer Veranstaltungsreihe „Unter einem Dach“. Diese Veranstaltungsreihe beginnt am 6. September 2020 mit der Verleihung des Integrationspreises 2020 der LPH im Potsdam Museum, mit anschließendem Straßenfest am Alten Markt zur Eröffnung der 30. Potsdamer Interkulturellen Woche.
- 25. März 2020** Gemeinsame Pressemitteilung des Migrantenbeirates, des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam und des Flüchtlingspfarrers des Ev. Kirchenkreises Potsdam zur Aufnahme von unbegleiteten Kindern aus griechischen Flüchtlingslagern
- 30. März 2020** Öffentlichkeitsarbeit: Eröffnung einer Infoseite auf Facebook „Migration in Potsdam“ (<https://www.facebook.com/Migration-in-Potsdam>). Die Seite dient der Bekanntmachung der wichtigen Veranstaltungen und relevanten Informationen rund um das Thema „Migration und Integration“ in Potsdam sowie der offenen Präsentation der Tätigkeit und Aktionen des Migrantenbeirates Potsdam
- 31. März 2020** Gemeinsame Pressemitteilung mit Flüchtlingsrat Brandenburg zur Situation in Brandenburger Unterkünften während der Corona-Pandemie (*beigefügt*).
- 03. April 2020** Schriftliche Zuarbeit an das Büro des Oberbürgermeisters mit der Beschreibung aktueller Lage in den GUs und Optimierungsvorschlägen für die Abläufe und für die Ausstattung in den Gemeinschaftsunterkünften während der Corona-Pandemie (*beigefügt*). Problemschwerpunkt: Homeschooling für schulpflichtige Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften.
- 11. April 2020** Ehrenamtliche Übersetzung der PM 237 der LHP zur Möglichkeit der Arbeit als Erntehelfer für Geduldete und Menschen mit ungeklärtem Aufenthalt in Arabisch, Farsi, Französisch, Russisch; Veröffentlichung auf der Infoseite des Beirates / Weiterleiten an die GUs



17. April 2020 Gemeinsame Pressemitteilung mit Flüchtlingsrat Brandenburg u.a. zum Auflösen der Sammelunterkünfte in der Zeit der Pandemie (*beigefügt*).

22. April 2020 Die **außerordentliche (Telko-) öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Migrantenbeirates zum „Krisenmanagement in der Coronavirus-Pandemie“** (Niederschrift in RIS).

TOPs: 1) Schule digital für Flüchtlingskinder; 2) Quarantäne in den GUs; 3) Die „Erntehelfer“.

Austausch mit der Integrationsbeauftragten (Magdolna Grasnick), dem Bildungskordinator für neu Zugewanderte Sven Brandenburg, der Leitung des Fachbereiches „Arbeit, Wohnen und Integration“ (Herr Jekel und Frau Fisch), dem Netzwerkkoordinator für integrative Maßnahmen/Beauftragter für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) im Bereich SGB II des Jobcenters (Herr Schwab).

Wichtige Vereinbarungen:

TOP 1 Die Verbesserung der technischen Ausstattung der GUs, die für Homeschooling notwendig und aktuell nicht vorhanden ist, soll unter Einbezug von Sven Brandenburg über das Fachbereich „Arbeit, Wohnen und Integration“ in der Verwaltung angeregt werden. Gründen der AG „Homeschooling“ für Erarbeiten der Maßnahmen zur Unterstützung der hierbei besonders bildungsbenachteiligten Kinder (in und außerhalb der GUs). Erneute Umfrage zu den Bedarfen der schulpflichtigen Kinder in den GUs mit anschließender Präsentation im Jugendhilfeausschuss am 30. April 2020. Zuarbeit an den Bereich von Frau Aubel und JHA-Ausschuss (*beigefügt Kurzbericht „AG Homeschooling“*)

TOP 2 (in Absprache mit Fachbereich „Wohnen, Arbeit & Integration“) Ehrenamtliche Übersetzung der offiziellen Quarantänebescheide der LHP in Einfaches Deutsch und weitere Sprachen (Arabisch, Russisch, Tigrinia, Farsi, Französisch). Weiterleiten an Betroffene in den GUs über Frau Fisch.

TOP 3 Veröffentlichung der präzisierenden bzw. ergänzenden Informationen zur PM 237 der LHP (Möglichkeit der Arbeit als Erntehelfer für Geduldete und Menschen mit ungeklärtem Aufenthalt) auf der Infoseite des Beirates sowie das Weiterleiten der ergänzenden Informationen an die GUs

23. April 2020: Segenswünsche zum Anfang des Ramadans 2020 an Muslimische Gemeinden sowie die Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften (online und in Papierform, Deutsch und Arabisch).

30. April 2020: Bericht der „AG Homeschooling“ im Rahmen der 7. JHA durch die Vorsitzende des Migrantenbeirates.

05. Mai 2020 Arbeitsgespräch mit Frau Aubel zu Möglichkeiten der Verbesserung der aktuellen Notlage im Hinblick auf Homeschooling bei benachteiligten Kindern in und außerhalb der GUs; Einigung auf die Empfehlung an das Schulamt zur zeitnahen Aufnahme aller Kinder aus den GUs in den schulischen (Not-)Präsenzbetrieb durch den Fachbereich von Frau Aubel.

07. Mai 2020: Pressemitteilung zur Ausschreibung des 16. Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam (Bewerbungszeitraum: 15. Mai bis 09. August 2020).

10. Mai 2020: Starten der Aktion des Migrantenbeirates „MASKE AUF!“ - ein mehrsprachiger Appell durch die Mitglieder des Beirates in einem Werbespot in ÖPNV, begleitet von dem Verteilen der kostenfreien Masken an alle Gäste der ÖPNV, die keine tragen (realisiert durch die Mitglieder des Beirates). *Zeitraum der Aktion: 15. Mai – 30. Mai 2020.*

Sammelunterkünfte auflösen – Umverteilung jetzt, bevor es zu spät ist!

In der großen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in [Doberlug-Kirchhain](#) gibt es erste bestätigte Corona-Fälle, in [Potsdam](#) stehen nach mehreren Infektionen alle 116 Bewohner*innen einer Gemeinschaftsunterkunft unter Quarantäne und auch [Oberhavel](#) meldet die erste positiv getestete Person in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Die ersten Corona-Fälle in Brandenburger Sammelunterkünften für Geflüchtete zeigen: Es muss jetzt gehandelt werden! Für einen wirksamen Infektionsschutz ist die Massenunterbringung völlig ungeeignet und setzt die Bewohner*innen einem hohen Risiko aus. Zahlreiche Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke und andere Risikogruppen leben weiterhin in den Massenunterkünften. Um die drohende Quarantäne kompletter Heime zu vermeiden und die Geflüchteten vor einer Coronainfektion bestmöglich zu schützen, fordern wir:

- Erstaufnahme-Einrichtungen leer ziehen!
- Gemeinschaftsunterkünfte entzerren und dezentral unterbringen!
- Risikogruppen sofort raus aus den Sammelunterkünften!
- Wohnungen statt Lager!

Brandenburg hat Platz: Es muss jetzt ein Richtungswechsel stattfinden!

Zahlreiche Flüchtlingsorganisationen kritisieren seit vielen Jahren die Unterbringung in Sammelunterkünften und fordern ein Recht auf ein selbstbestimmtes Wohnen in Wohnungen und Wohnverbänden. Die Unterbringung in alternativen Wohnorten ist machbar. Corona macht noch einmal deutlich: Es ist endlich an der Zeit, dass die Landesregierung Konzepte für eine Unterbringung in Wohnungen erarbeitet und nicht weiterhin auf Massenunterbringung setzt.

Um die Bewohner*innen der Sammelager kurzfristig zu schützen, können aber auch Kapazitäten im Tourismussektor pragmatisch genutzt werden. So könnten Szenarien, wie in anderen Bundesländern bereits aufgetreten, vermieden werden: 244 positiv getestete in [Ellwangen](#), Quarantäne für jeweils hunderte von Menschen in Unterkünften in Halberstadt ([Hungerstreik](#)), Suhl und Bremen. Diese Beispiele zeigen, was passieren kann, wenn Menschen auf engstem Raum zusammen leben müssen.

Die Position des Sozialministeriums, Vollquarantänen ganzer Unterkünfte wenn möglich vermeiden zu wollen (Rundschreiben 02/2020 des MSGIV), ist zwar begrüßenswert - bleibt aber ein leeres Versprechen, wenn weiterhin viele Menschen gezwungen sind auf engem Raum miteinander zu leben und löst auch das langfristige Problem der Massenunterbringung nicht.

Während die Stadt Potsdam bereits Geflüchteten und Obdachlosen in der Coronakrise weitere 100 Betten in 38 Pensionszimmern zur Verfügung stellte und auch aus der Unterkunft in der Zeppelinstraße nach Bekanntwerden der Infektionen umgehend umverteilt wurde, sodass alle auf das Virus negativ getesteten Personen sich seit letzter Woche in einem Hotel oder Wohnungen befinden, leben zahlreiche Geflüchtete in den

Erstaufnahmeeinrichtungen und den anderen Sammelunterkünften des Landes weiterhin auf engstem Raum zusammen und sind damit permanent einer Gefährdung ausgesetzt (Märkische Allgemeine, 9.4.2020, „Bewohner in Asylheim in Quarantäne“; [PNN, 10.4.2020](#)).

Situation in der Außenstelle der Erstaufnahme Doberlug-Kirchhain spitzt sich zu

In der Erstaufnahmeeinrichtung Doberlug-Kirchhain mit 474 Bewohner*innen wurden bisher mindestens drei Personen positiv auf Corona getestet und sind in einem Container unter Quarantäne gestellt. Bewohner*innen berichten, dass sich 15 weitere Menschen in Quarantäne im fünften Stock des Familiengebäudes befinden. Eine individuelle Quarantäne sei dort jedoch nicht möglich: So teilen sich negativ Getestete, die auf das Ende ihrer Quarantäne warten, mit Personen, die noch ihr Testergebnis abwarten, Bad und Küche. Doch statt durch dezentrale Umverteilung in kleinere Unterkünfte mehr Platz für Quarantäneanforderungen zu schaffen, setzt die Zentrale Ausländerbehörde auf Abschottung: So wurden mit Unterstützung der Bundeswehr Zelte auf dem Gelände aufgebaut (Lausitzer Rundschau 9.4.2020), die einzige Busverbindung in den 5 km entfernten Ort wurde eingestellt.

Bewohner*innen rechnen damit, dass es immer mehr Quarantäne- sowie Coronafälle geben wird. „Wichtig ist uns: Wir brauchen Transparenz über die Zahlen der positiv und negativ Getesteten. Und auch darüber, wo sie alle untergebracht werden sollen“, sagt eine Bewohnerin. Eine andere erklärt: „Wir sind hier an einem Ort mit vielen Begrenzungen untergebracht. Bäder, Küchen und Toiletten sind besonders morgens überfüllt. Die Situation wird sich während der Ramadan-Zeit ab dem 24. April noch verschlimmern.“ Für jeweils 50 Personen steht nur eine Küche zur Selbstversorgung zur Verfügung. 70% der Bewohner*innen sind Muslime, die während des anstehenden Fastenmonats täglich auf ein bestimmtes Zeitfenster zum Essen und dessen Zubereitung angewiesen sind. Probleme, den benötigten Abstand einzuhalten, sind unter diesen Bedingungen vorprogrammiert. Auch bei der Internetnutzung ist die notwendige Distanz schwierig einzuhalten, denn WLAN ist, wenn überhaupt, nur in bestimmten Bereichen verfügbar.

Gemeinsame Presseerklärung von

Flüchtlingsrat Brandenburg
Barnim für alle
Bürger*innenasyl Barnim
We'll Come United Berlin Brandenburg

...

Kontakt:

Flüchtlingsrat Brandenburg: 0331/ 71 64 99 info@fluechtlingsrat-brandenburg.de

Welcome United: xxx

Gern auch weitere

Siehe auch gemeinsame [Pressemitteilung vom 1.4.2020](#)



**Migrantenbeirat
Landeshauptstadt
Potsdam**

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14469 Potsdam
Tel 0331 289 33 46 / Fax 0331 289 84 33 46
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

Potsdam, 25. März 2020

Gemeinsame Pressemitteilung des Migrantenbeirates und des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam und des Flüchtlingspfarrers des Ev. Kirchenkreises Potsdam

**Sofortige Aufnahme von unbegleiteten Kindern aus griechischen Flüchtlingslagern!
Hilfsbereitschaft und Solidarität in Potsdam!**

Während der rasanten Ausbreitung des Coronavirus gibt es in Deutschland eine öffentliche Gesundheitsfürsorge, Sicherheitsregelungen und die Möglichkeit, diese einzuhalten.

Die Europäische Kommission kümmert sich. Die Staaten der Europäischen Union helfen sich gegenseitig in diesen schweren Zeiten.

In Deutschland handeln sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen souverän und mit höchstem Einsatz im Sinne des Schutzes und der Gesundheit aller Einwohner*innen. In einem bisher nicht vorstellbaren Umfang werden umfassende Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt und wirtschaftliche Hilfestellungen geleistet. Es werden Krisenstäbe organisiert und unkonventionelle und ressourcenaufwändige Lösungskonzepte verwirklicht. Dafür gilt der Regierung unser Dank.

Bei aller Dankbarkeit wenden wir den Blick nicht von denen ab, die keine solche Hilfe und Schutz erfahren können. Wir alle sind Zeugen einer humanitären Katastrophe, die sich am südöstlichen Teil der Europäischen Union, an der Grenze zur Türkei und auf den griechischen Inseln abspielt. Dort sind Zehntausende geflüchtete Menschen in überfüllten Flüchtlingslagern gestrandet – darunter viele schwer traumatisierte Kinder und Jugendliche ohne Begleitung von Erwachsenen, ohne jede Unterstützung. Auch Alte, Kranke und andere Schutzbedürftige leben in Zuständen, die psychisch wie physisch unzumutbar und unerträglich sind. Unter dem Einfluss des Coronavirus sind diese Zustände lebensbedrohlich.

Die deutschlandweite Hilfsbereitschaft von Städten, Gemeinden und Bundesländern für die Aufnahme von schutzbedürftigen Geflüchteten ist der Bundesregierung und dem Bundesrat bekannt. Die „Seebrücke“ und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, die Evangelische Kirche in Deutschland, das Netzwerk „Städte Sichere Häfen“ unter der Koordinierung der Landeshauptstadt Potsdam kommunizieren stetig und deutlich dieses Anliegen.

Der Koalitionsausschuss hat am 8. März 2020 beschlossen, „Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage durch die Übernahme von etwa 1000 bis 1500 Kindern von den griechischen Inseln zu helfen. Es handelt sich dabei um Kinder, die entweder wegen einer schweren Erkrankung dringend behandlungsbedürftig oder aber unbegleitet und jünger als 14 Jahre alt sind, die meisten davon Mädchen. Auf europäischer Ebene wird in diesen Tagen über eine humanitäre Lösung verhandelt, um in einer `Koalition der Willigen´ die Aufnahme dieser Kinder zu organisieren. In diesem Rahmen steht Deutschland bereit, einen angemessenen Anteil zu übernehmen.“

In dieser Situation melden wir uns zu Wort und fordern die Landes- und Bundesregierung auf:

HANDELN SIE JETZT!

- „Wir dürfen nicht länger auf die Abstimmung in der EU warten. Die versprochene Hilfe für schutzbedürftige Geflüchtete muss sofort starten. Dazu gehören auch Alte und Kranke. Die Potsdamer Zivilgesellschaft ist bereit, aktive Unterstützung bei der Aufnahme zu leisten“, sagt Flüchtlingspfarrer Bernhard Fricke.
- „Wir sind verantwortlich für das schutzbedürftige Leben. Hier in Deutschland genauso wie anderswo“, so die Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth.
- „Die Bundeskanzlerin hat in Ihrer Ansprache deutliche Worte formuliert: `Niemand ist verzichtbar. Alle zählen, es braucht unser aller Anstrengung.´ Dieser Aufruf zum solidarischen Handeln und somit zur Lebensrettung darf nicht an politischen Grenzen halt machen – genauso wenig, wie die Menschlichkeit nicht an ethnischen, religiösen oder kulturellen Grenzen halt machen darf“, betont Maria Pohle, Vorsitzende des Migrantenbeirates.
- „Wir fordern die Landesregierung Brandenburgs auf, die Aufnahme der Geflüchteten aus Griechenland mit einem Landesaufnahmeprogramm aktiv zu unterstützen“, sagt die Integrationsbeauftragte Magdolna Grasnick.
- „Die UN-Kinderrechtskonvention, der sich Deutschland seit beinahe 30 Jahren verpflichtet hat, fordert es im Artikel 22 ganz eindeutig, Flüchtlingskindern muss angemessener Schutz und humanitäre Hilfe gewährt werden. Die Vertretung der Rechte dieser Kinder ist unsere Pflicht als Vertragsstaat der Konvention und verlangt umgehend ein Handeln.“ Ergänzt die Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen, Stefanie Buhr.

Gemeinsam unterstützen wir die Initiative des Potsdamer Oberbürgermeisters Mike Schubert und der „Städtekoalition Sichere Häfen“ und **fordern die Bundesregierung zum sofortigen Handeln auf.**

Bernhard Fricke, Flüchtlingspfarrer des Evangelischen Kirchenkreises Potsdam

Maria Pohle, Vorsitzende des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam

Magdolna Grasnick, Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam

Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen der Landeshauptstadt Potsdam

Martina Trauth, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam



Flüchtlingsrat Brandenburg

R.-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331-716499
Fax: 0331-887 15 460
E-Mail: info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Potsdam, 01.04.2020

Pressemitteilung von

- Women in Exile
- Refugees Emancipation
- Potsdam Konvoi
- Geflüchteten Netzwerk Cottbus
- We'll Come United Berlin u. Brandenburg
- Bürger*innenasyl Barnim
- Jugendliche ohne Grenzen Brandenburg
- Seebrücke Potsdam
- Migrantenbeirat Potsdam
- Flüchtlingsberatungsstelle des ev. Kirchenkreises Oberes Havelland
- Barnim für Alle

Gemeinsame Pressemitteilung zur Situation in Brandenburger Unterkünften während der Corona-Pandemie

Abstandhalten ist unmöglich in vielen Flüchtlingsunterkünften

Geflüchtete in Brandenburger Flüchtlingsunterkünften haben aktuell kaum eine Chance, Kontakte zu anderen Menschen zu vermeiden, Abstand zu halten und sich und ihre Familien vor einer Ansteckung mit dem neuartigen Coronavirus zu schützen. Maßnahmen der sozialen Distanzierung treffen sie gleichzeitig in beengten Wohnverhältnissen besonders hart.

Die Unterzeichner*innen der Pressemitteilung fordern die Landesregierung zu sofortigen Maßnahmen auf, um Geflüchtete, die aktuell noch in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften sowie den vom Land betriebenen Erstaufnahmestellen untergebracht sind, während der Corona-Pandemie zu schützen. Gerade in diesen Zeiten von Solidarität und breiter Unterstützung innerhalb von Nachbarschaften sollten auch die Rechte von Flüchtlingen gewahrt und nicht vergessen werden.

Sogar Menschen, die Risikogruppen angehören, harren in Brandenburg weiterhin in Mehrbettzimmern aus und müssen sich teilweise Bad und Kantine bzw. die Gemeinschaftsküche mit vielen Anderen teilen. Diese Situation ist absolut unverantwortlich: Es ist höchste Zeit, dass hier mutige Entscheidungen getroffen werden, um Risikogruppen sofort zu schützen und Massenunterkünfte perspektivisch leerzuziehen.

Die Tourismus-Branche hat Platz

Zahllose leerstehende Hotels, Wohnungen und Ferienapartments könnten dafür genutzt werden. Nicht nur Geflüchtete, sondern *alle*, die gerade kein sicheres Zuhause haben, verdienen jetzt solidarische, pragmatische und schnelle Lösungen ([Appell vom 20.3.2020](#)). Das Brandenburger Sozialministerium gibt an, eine Abschottung ganzer Unterkünfte möglichst vermeiden zu wollen. Um das aber realistisch zu ermöglichen muss jetzt gehandelt und müssen alternative Unterbringungsmöglichkeiten kurzfristig gefunden werden.

Eine Kantine für 300 in der Erstaufnahme

Besonders zugespitzt stellt sich die Lage in der Erstaufnahme und ihren Außenstellen in Doberlug-Kirchhain, Wünsdorf und in Eisenhüttenstadt dar. Firas (Name geändert), ein Bewohner der Erstaufnahme in Wünsdorf fordert: *"Die Menschen hier im Lager sollten in Wohnungen verteilt werden. Wenn wir mit 45 Personen zwei Badezimmer teilen, ist die Ansteckungsgefahr für uns groß. Wir sitzen hier mit mehr als 300 Menschen zusammen in der Kantine und essen. Obwohl wir versuchen, Abstand zu halten: Man kann sich selbst oder andere hier sehr leicht anstecken."*

Statt Menschen umgehend dezentral unterzubringen, setzt das Land Brandenburg auf einen weiteren Ausbau der Erstaufnahme und bestellt weitere [Quarantäne-Container](#). [Schleswig-Holstein](#) zeigt, dass es auch anders geht. Dort gilt: ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen sollen ebenso wie ausreisepflichtige Personen, bei denen in den nächsten Monaten auch wegen der Corona-Pandemie eine Ausreise wenig wahrscheinlich ist, auf die Kommunen verteilt werden.

"Alle Flüchtlinge und Asylsuchende müssen jetzt in sichere private Wohnungen oder leerstehende Hotelzimmer gebracht werden. Wir sollten nicht vergessen, dass Flüchtlinge auch Menschen sind", fordert Jafar, der vor kurzem aus der Erstaufnahme in eine Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis Oberhavel verteilt wurde.

Unsere Forderungen für den Schutz von Geflüchteten in Massenunterkünften:

- Die Belegung in den Erstaufnahmen und den Sammelunterkünften in den Landkreisen muss entzerrt werden.
- Keine Quarantäne für komplette Sammelunterkünfte!
- Risikogruppen sind akut bedroht – sie müssen sofort raus aus Massenunterkünften. Auch Geflüchtete, die z.B. als Pfleger*innen oder in anderen systemrelevanten Berufen arbeiten, müssen sofort geeignet untergebracht werden.
- Klare Anweisungen an Betreiber der Sammelunterkünfte:
 - Bereitstellen von mehrsprachigen Informationen über COVID 19 und über Umgang der Sammelunterkunft mit verschiedenen Situationen. Eine mehrsprachige Hotline wäre sowohl für die Bewohner*innen der GUs als auch für die Mitarbeiter*innen eine wichtige Entlastung.
 - Ausarbeitung von transparenten Pandemie-Plänen: Welche Schritte werden bei Infektionen sowohl bei Bewohner*innen als auch bei Personal unternommen? Wie ist Quarantäne von Einzelpersonen und Unterkunftseinheiten möglich, ohne die gesamte Unterkunft unter Quarantäne zu stellen?
 - Ausgangsbeschränkungen und Kontaktgebote dürfen nicht durch Security kontrolliert werden – dies obliegt allein den staatlichen Ordnungsbehörden!
- Der kostenlose Internetzugang in allen Unterkünften muss sichergestellt werden, nicht nur auf den Fluren und in Gemeinschaftsräumen, sondern in jedem Zimmer, um Schulaufgaben lösen (auch für Auszubildende, Sprachschüler*innen) und Kontakt zu Verwandten halten zu können.
 - Die technischen Ressourcen, die für das Wahrnehmen des digitalen Schulunterrichts notwendig sind (Laptops, PC oder Tablets, Drucker für die Aufgaben etc.), müssen vor

Ort in ausreichender Menge und kostenlos allen Schüler*innen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus soll bei der Erstellung der Notpläne berücksichtigt werden, dass viele Kinder und Jugendliche in den GUs eine zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung benötigen, um die Herausforderungen des digitalen Unterrichts bewältigen zu können, u.a. weil viele Eltern nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen.

- Zugang zur regulären gesetzlichen Krankenversicherung

Pressekontakt

Flüchtlingsrat Brandenburg: 0331/ 71 64 99

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14469 Potsdam
Tel 0331 289 33 46 / Fax 0331 289 84 33 46
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

3. April 2020

An den
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam

**Betrifft: Optimierungsvorschläge für die Abläufe und für die Ausstattung in den
Gemeinschaftsunterkünften während der Corona-Pandemie**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

als erstes möchten wir, u.a. im Namen der Potsdamer migrantischen Bevölkerung, für Ihr entschiedenes und effizientes Vorgehen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie bedanken. Mit dem vorliegenden Schreiben möchten wir Ihre engagierte Arbeit unterstützen und beratend dazu beitragen, dass die pandemiebedingten Problemlagen in den Potsdamer Gemeinschaftsunterkünften ebenso effektiv bewältigt werden können. Wir haben dabei insbesondere Kinder und Jugendliche im Fokus, die auf spezielle Förderung und Unterstützung durch Fachkräfte angewiesen sind und die in der Corona Krise einer besonderen Belastung ausgesetzt sind. Sollte die Schule längerfristig ausfallen, sind diese Kinder besonders auf Unterstützung angewiesen.

Deswegen wollen wir Ihnen mit unserem Schreiben Handlungsvorschläge unterbreiten, die zur Optimierung der Situation – in den Zeiten der Coronavirus-Pandemie – in den Gemeinschaftsunterkünften beitragen können. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit sehr gerne zur Verfügung und bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Maria Pohle, Vorsitzende des Migrantenbeirates,
gez. Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen,
gez. Martina Trauth, Gleichstellungsbeauftragte,
gez. Magdolna Grasnick, Beauftragte für Migration und Integration,
gez. Sven Brandenburg, Bildungskordinator für Neuzugewanderte

1. Ausgangslage

Zusammenfassung der Bedarfe in den Potsdamer Gemeinschaftsunterkünften im Zusammenhang mit COVID – 19

Eingeholt durch den Migrantenbeirat der LHP, Stand: 01.04.2020

Die unten angegebenen Bedarfe wurden durch die Mitarbeiter*innen bzw. Leiter*innen der Potsdamer GUs in dem Zeitraum vom 30.03.2020 und 01.04.2020 an den Migrantenbeirat der LHP als Antwort auf direkte Anfrage zum aktuellen Stand in den GUs übermittelt. Die zur Veranschaulichung der zusammengefassten Angaben aufgeführten Zitate aus den Rückmeldungen der GUs sind kursiv gesetzt und anonymisiert.

Grundsätzliches

- Sämtliche GUs melden einen großen Bedarf an **Schutzkleidung, Desinfektionsmittel** und kontaktlose **Fieberthermometer**
- Ein spezielles Konzept zur **Testung von kranken Personen** in GUs wäre hilfreich. Die Umsetzung von Kontaktverboten und **Abstandhalten ist baulich nicht möglich** bzw. nur bedingt umsetzbar. **Ausnahmen:** GU Lerchensteig, GU David-Gilly-Str., GU An den Kopfwiden, GU Marquardter Chaussee - teilweise möglich.

*„Sicherheitsvorkehrungen für das Personal sind ebenfalls schwierig umsetzbar. Insbesondere bei Zimmerbegehungen (durch den FB Soziales gefordert) sind in vielen Häusern enge Kontakte mit Bewohner*innen unvermeidlich. Dies gilt auch für Hauswirtschaftskräfte und Hausmeister*innen, die in den Zimmern arbeiten müssen. Die Beratungssituation ist auf Grund kleiner Büros in einigen Unterkünften ebenfalls nicht so zu gestalten, dass enge Kontakte vermieden werden können.“*

- In mehreren Einrichtungen (bspw. GU David-Gilly-Str.) gibt es auf Grund von Vorerkrankungen **besonders gefährdete Bewohner*innen**. Für diese benötigt es spezielle Schutzkonzepte der Stadt, bspw. eine separate Unterbringung.

Lage der (Schul-)Kinder

Hoher Bedarf nach mehr technischer Ausstattung für den digitalen Unterricht in allen GUs Unter anderem:

- Sämtliche Unterkünfte melden einen gravierenden Bedarf an (bisher fehlenden) **PCs, Laptops oder Tablets**, die den Einbezug der schulpflichtigen Kinder in den digitalen Unterricht ermöglichen würden:

„PCs oder Laptops stehen nicht für die alleinige Verfügung der Kinder bereit.“

„Laptops stellen wir im Rahmen der Hausaufgabenhilfe individuell zur Verfügung, hierbei handelt es sich allerdings um die Laptops der Angestellten, eine universelle Verfügbarkeit ist somit nicht gegeben.“

- Sämtliche Unterkünfte melden einen Mangel an **Druckern und Scannern** sowie Zubehör (Papier, Toner etc...)

„Die Ressourcen der GUs in Bezug auf Internetzugang, Drucker, Computer usw. sind nicht auf die aktuellen Anforderungen ausgelegt. Insbesondere in Häusern mit vielen schulpflichtigen Kindern (bspw. GU Handelshof) bestehen weder die Räumlichkeiten noch die personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Betreuung der Kinder.“

- Laut der Rückmeldung mehrerer GUs ist die **WLAN-Verbindung kostenpflichtig**. Laut den Angaben des Fachbereiches „Wohnen“ der LHP sind aber fast alle Einrichtungen mit WLAN bis in die Zimmer hinein versorgt (ausgeschlossen ist nur GU Handelshof, wo infolge des Betreiberwechsels der Anschluss in die Zimmer gerade technisch neu durch Vertragspartner eingerichtet wird). Insofern besteht der Bedarf v.a. darin, die **WLAN-Verbindung für die Zeit des Ausfalls des regulären Unterrichtes allen schulpflichtigen Kindern in den GUs kostenlos und uneingeschränkt** zur Verfügung zu stellen.

Pädagogische und psycho-soziale Unterstützung

Sämtliche GUs melden einen Bedarf an zusätzlicher pädagogischer Unterstützung der schulpflichtigen Kinder bei der Teilnahme / Umstellung auf das „digitale Lernen“. Viele Eltern in den GUs können aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse den Prozess nicht unterstützend begleiten, womit der pädagogische Auftrag zur Zeit von den Sozialarbeiter*innen vor Ort mitgetragen wird:

„Insbesondere in Häusern mit vielen schulpflichtigen Kindern (bspw. GU Handelshof) bestehen weder die Räumlichkeiten noch die personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Betreuung der Kinder. Einzelne GUs (bspw. GU Konsumhof) gewährleisten eine Betreuung der (Schul-)Kinder aktuell mit Hilfe von Sozialarbeitenden aus Bundesprojekten in Trägerschaft des IB.“

„Aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse ist die Unterstützung durch Eltern kaum möglich. Das heißt pädagogischer (Lehr-)Auftrag liegt derzeit bei uns. (Anm.: Bei den GUs)“

„Das Personal der Gemeinschaftsunterkunft ist stets bemüht eine Brücke zwischen den Schulen, den Familien und den Schülern herzustellen, um den Austausch der Lernmittel zu gewährleisten und auszuführen.“

*„Eine Betreuung und Unterstützung der Kinder durch das Personal der GU findet im Rahmen der Möglichkeiten statt, kann jedoch nicht im Ansatz den Bedarf decken, da die Sozialarbeitenden weiterhin die Aufgaben der Betreuung und Beratung aller Bewohner*innen abdecken müssen. Zudem kann durch das Besuchsverbot aktuell kein externes unterstützendes Personal eingesetzt*

werden (Ehrenamtliche, Nachhilfe usw.). Eine nach Möglichkeit externe Betreuung der Kinder, insbesondere der schulpflichtigen, ist dringend durch die Stadt abzusichern.“

„Unsere Hauptaufgabe als Sozialarbeiter sehen wir in der sprachlichen Vermittlung. Hausaufgabenbetreuung boten wir ohnehin bereits an, wir werden dies weiterhin anbieten.“

2. Handlungsempfehlungen

- 240 Kinder unter 12 Jahren (davon 140 schulpflichtige Kinder zwischen 7 und 12 Jahren), die zur Zeit in Gemeinschaftsunterkünften leben, sollten sofort die Möglichkeit erhalten, an der Not-Kinderbetreuung teilzunehmen.
- Es soll eine externe pädagogische Unterstützung und Betreuung der Kinder Ü12 (im Prozess des digitalen Lernens erfolgen, ggf. könnten hierzu die nicht ausgelasteten Ressourcen der Schulsozialarbeit (auf freiwilliger Basis?) hinzugezogen werden. Diese Betreuung kann als Fernbetreuung via Telefon und Internet und in enger Absprache mit Lehrpersonal der Schule erfolgen.
In Federführung des Bildungskoordinators für Neuzugewanderte (393 Sven Brandenburg) sollen diese teilweise individuellen Abläufe der Schnittstelle Schule – Sozialarbeit – einzelne Schüler*innen in den unterschiedlichen GUs geklärt werden.
Eine Mitwirkung bei der Absprache der Koordination von Seiten des Jugend- bzw. Schulamtes wäre wünschenswert.
- Es soll zusätzliche technische Ausstattung sichergestellt werden, bestenfalls aus den Mitteln der Stadt.
Mögliche Quellen:
 - nicht ausgeschöpftes Budget für Integrationsprojekte.
 - Spendenaktion in der Bevölkerung der Stadt (alte Laptops, PCs, Drucker und Zubehör) – mit Unterstützung einer PC-fachkundigen Stelle wäre denkbar;
 - Wiederverwendung der ausrangierten Geräte aus der IT-Abteilung der Stadtverwaltung bzw. aus anderen Einrichtungen der Stadt - mit Unterstützung einer PC-fachkundigen Stelle.
- Beim Vorhanden der Vorerkrankungen sollte allen gefährdeten Personen, ungeachtet des Alters, in Begleitung einer erziehungsberechtigten bzw. unterstützenden Personen umgehend der Umzug in eine Ausweichunterkunft (Hotel, Pension etc.) ermöglicht werden.



Flüchtlingsrat Brandenburg

R.-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331-716499
Fax: 0331-887 15 460
E-Mail: info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Potsdam, 17.04.2020

Sammelunterkünfte auflösen – Umverteilung jetzt, bevor es zu spät ist!

Gemeinsame Pressemitteilung von

- Flüchtlingsrat Brandenburg
- We'll Come United Berlin Brandenburg
- Handicap International e.V.
- International Women* Space
- Women in Exile & Friends
- Refugees Emancipation
- KommMit e.V.
- Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e.V.
- Refugee Assembly Brandenburg
- Wir packen's an! - Nothilfe für Geflüchtete
- Jugendliche ohne Grenzen Brandenburg
- Refugee Law Clinic Berlin
- Barnim für alle
- Seebrücke Potsdam
- Flüchtlingsberatungsstelle des ev. Kirchenkreises Oberes Havelland
- ESTAruppin e.V.
- Geflüchteten Netzwerk Cottbus
- Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
- Bürger*innenasyl Barnim
- SV Babelsberg 03
- Brigade Konrad Wolf
- Doberlug-Kirchhain VerEinT
- Alternatives Jugendprojekt 1260 e.V., S, Strausberg
- Netzwerk neue Nachbarn Werder
- Theater X
- Netzwerk Offenes Märkisch Oderland
- Space2groW
- eNDe 20 e.V., Reichenow
- colaborative Reichenow e.V.
- Kultur in der Alten Schäferei e.V., Reichenow
- Haus des Wandels e.V., Steinhöfel-Heinersdorf
- Dr.med. Nora Wawerek, Fachärztin für Allgemeinmedizin, Lunow
- Dipl.Med. Almut Berg, Fachärztin für Allgemeinmedizin und Psychotherapie, Lunow
- Dr. Verbena Bothe

In der großen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in [Doberlug-Kirchhain](#) gibt es erste bestätigte Corona-Fälle, in [Potsdam](#) stehen nach mehreren Infektionen alle 116 Bewohner*innen einer Gemeinschaftsunterkunft unter Quarantäne und auch [Oberhavel](#) meldet die erste positiv getestete Person in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Die ersten Corona-Fälle in Brandenburger Sammelunterkünften für Geflüchtete zeigen: Es muss jetzt gehandelt werden! Für einen wirksamen Infektionsschutz ist die Massenunterbringung völlig ungeeignet und setzt die Bewohner*innen einem hohen Risiko aus. Zahlreiche Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke und andere Risikogruppen leben weiterhin in den Massenunterkünften. Um die drohende Quarantäne kompletter Heime zu vermeiden und die Geflüchteten vor einer Coronainfektion bestmöglich zu schützen, fordern wir:

- Erstaufnahme-Einrichtungen leer ziehen!
- Gemeinschaftsunterkünfte entzerren und Menschen dezentral unterbringen!
- Risikogruppen sofort raus aus den Sammelunterkünften!
- Wohnungen statt Lager!

Brandenburg hat Platz: Es muss jetzt ein Richtungswechsel stattfinden!

Zahlreiche Flüchtlingsorganisationen kritisieren seit vielen Jahren die Unterbringung in Sammelunterkünften und fordern ein Recht auf ein selbstbestimmtes Wohnen in Wohnungen und Wohnverbänden. Die Unterbringung in alternativen Wohnorten ist machbar. Corona macht noch einmal

deutlich: Es ist endlich an der Zeit, dass die Landesregierung Konzepte für eine Unterbringung in Wohnungen erarbeitet und nicht weiterhin auf Massenunterbringung setzt.

Um die Bewohner*innen der Sammellager kurzfristig zu schützen, können aber auch Kapazitäten im Tourismussektor pragmatisch genutzt werden. So könnten Szenarien, wie in anderen Bundesländern bereits aufgetreten, vermieden werden: 244 positiv getestete in [Ellwangen](#), Quarantäne für jeweils hunderte von Menschen in Unterkünften in Halberstadt ([Hungerstreik](#)), Suhl und Bremen. Diese Beispiele zeigen, was passieren kann, wenn Menschen auf engstem Raum zusammen leben müssen.

Die Position des Sozialministeriums, Vollquarantänen ganzer Unterkünfte wenn möglich vermeiden zu wollen (Rundschreiben 02/2020 des MSGIV), ist zwar begrüßenswert - bleibt aber ein leeres Versprechen, wenn weiterhin viele Menschen gezwungen sind auf engem Raum miteinander zu leben und löst auch das langfristige Problem der Massenunterbringung nicht.

Während die Stadt Potsdam bereits Geflüchteten und Obdachlosen in der Coronakrise weitere 100 Betten in 38 Pensionszimmern zur Verfügung stellte und auch aus der Unterkunft in der Zeppelinstraße nach Bekanntwerden der Infektionen umgehend umverteilt wurde, sodass alle auf das Virus negativ getesteten Personen sich seit letzter Woche in einem Hotel oder Wohnungen befinden, leben zahlreiche Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den anderen Sammelunterkünften des Landes weiterhin auf engstem Raum zusammen und sind damit permanent einer Gefährdung ausgesetzt (Märkische Allgemeine, 9.4.2020, „Bewohner in Asylheim in Quarantäne“; [PNN, 10.4.2020](#)).

Situation in der Außenstelle der Erstaufnahme Doberlug-Kirchhain spitzt sich zu

In der Erstaufnahmeeinrichtung Doberlug-Kirchhain mit 474 Bewohner*innen wurden bisher mindestens drei Personen positiv auf Corona getestet und sind in einem Container unter Quarantäne gestellt. Bewohner*innen berichten, dass sich 15 weitere Menschen in Quarantäne im fünften Stock des Familiengebäudes befinden. Eine individuelle Quarantäne sei dort jedoch nicht möglich: So teilen sich negativ Getestete, die auf das Ende ihrer Quarantäne warten, mit Personen, die noch ihr Testergebnis abwarten, Bad und Küche. Doch statt durch dezentrale Umverteilung in kleinere Unterkünfte mehr Platz für Quarantäneanforderungen zu schaffen, setzt die Zentrale Ausländerbehörde auf Abschottung: So wurden mit Unterstützung der Bundeswehr Zelte auf dem Gelände aufgebaut (Lausitzer Rundschau 9.4.2020), die einzige Busverbindung in den 5 km entfernten Ort wurde eingestellt.

Bewohner*innen rechnen damit, dass es immer mehr Quarantäne- sowie Coronafälle geben wird. „Wichtig ist uns: Wir brauchen Transparenz über die Zahlen der positiv und negativ Getesteten. Und auch darüber, wo sie alle untergebracht werden sollen“, sagt eine Bewohnerin. Eine andere erklärt: „Wir sind hier an einem Ort mit vielen Begrenzungen untergebracht. Bäder, Küchen und Toiletten sind besonders morgens überfüllt. Die Situation wird sich während der Ramadan-Zeit ab dem 24. April noch verschlimmern.“ Für jeweils 50 Personen steht nur eine Küche zur Selbstversorgung zur Verfügung. 70% der Bewohner*innen sind Muslime, die während des anstehenden Fastenmonats täglich auf ein bestimmtes Zeitfenster zum Essen und dessen Zubereitung angewiesen sind. Probleme, den benötigten Abstand einzuhalten, sind unter diesen Bedingungen vorprogrammiert. Auch bei der Internetnutzung ist die notwendige Distanz schwierig einzuhalten, denn WLAN ist, wenn überhaupt, nur in bestimmten Bereichen verfügbar.

Kontakt:

Flüchtlingsrat Brandenburg: +0331 71 64 99; info@fluechtlingsrat-brandenburg.de

We'll Come United Berlin/Brandenburg: 0163 1601783; community@welcome-united.org

Für Fragen zur aktuellen Situation geflüchteter Menschen mit einer Behinderung in Sammelunterkünften: Handicap International: +030 28043926; k.dietze@hi.org

Siehe auch gemeinsame [Pressemitteilung vom 1.4.2020](#)



Außenstelle der Erstaufnahme in Doberlug-Kirchhain.

Foto: Lukas Papierak



Bushaltestelle vor der Unterkunft: die Busverbindung wurde eingestellt. Foto: Lukas Papierak



Zimmer in der Erstaufnahme in Doberlug-Kirchhain.

Foto: Lukas Papierak